

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 15./12. bis 21./12. 1,1 Billion M. Einzelnummer 200 Milliarden M.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Zeilen berechnet; die einzeilige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 5 Pfg. Zus. Beiträge gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Schriftsetzerei
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Heyck & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Eine wertbeständige Weihnachts-Ueberraschung

Im besten Sinne des Wortes bereiten Sie Ihren Damen durch einen Gutschein auf **Hach-Schra-Dauerwellen** nach dem orig. amerik. Nestle-Dauerwellverfahren. Sie prächtvolle Wellen, die selbst bei feuchtem Wetter nichts von ihrer Schönheit einbüßen. Eine einmalige Behandlung in meinem Institut — dauerndes Vergnügen an einer haltbaren, modern. Frisur!
Gegründet 1900 Ringstr. 14 (am Bismarck-Denkmal) — **A. Hachmeister-Schrader, Dresden** — Waisenhausstraße 15 Fernruf: 21216

Der Kanzler zur Aussprache mit Frankreich.

Der Kanzler verlangt Klarheit über die französischen Absichten. — Die Erträge des Ruhrgebiets dürfen Deutschland nicht verloren gehen. — Die schlechten Erfahrungen Deutschlands mit dem Völkerbund. — Wenig optimistische Auffassung in Berlin über die Erfolge der Verhandlungen mit Frankreich.

Auskünfte an einen Vertreter des „New York Herald“.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 18. Dez. Dem Vertreter des „New York Herald“ gewährte Reichskanzler Marx eine Unterredung, in der er ausführte: Ich persönlich möchte der Meinung sein, daß auch Poincaré erkannt hat, daß eine offene Aussprache und eine ehrliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland für alle Beteiligten das Beste ist. Es muß endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob Frankreich Deutschland gegenüber in erster Linie politische oder wirtschaftliche Ziele verfolgt.

Wird Frankreich von Deutschland Geld, so muß es das deutsche Volk leben und arbeiten lassen; will es aber eine Verzimmerung des Reiches und eine Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, dann wird jedes Verhandeln mit Frankreich zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, und die Klut, die durch Frankreichs Verhalten zwischen dem französischen und dem deutschen Volke sich aufbauen hat, unüberbrückbar machen.

Eine Lösung des Reparationsproblems ist nur möglich, wenn über Rhein und Ruhr Klarheit herrscht. Jede Schätzung der deutschen Leistungsfähigkeit ist wesentlich bestimmt dadurch, ob Deutschland über seine größten wirtschaftlichen Hilfsquellen verfügt oder nicht.

Das Ruhrgebiet ist das Herz Deutschlands.

Es muß für uns schlagen, wenn wir leben sollen. Seit der französisch-belgischen Besetzung sind alle Steuererlöse aus diesen Gebietsanteilen und dem Rheinlande für uns verloren gegangen, und selbst heute, nachdem der passive Widerstand reclus aufgegeben ist, können wir nicht sagen, ob die Interalliierte Rheinlandkommission uns erlauben wird, diejenigen Steuern, die das Reich vor kurzem angeordnet hat und ohne deren Erhebung wir nicht weiterleben können, in den besetzten Gebieten einzusetzen.

Die deutsche Finanzlage ist trostlos.

Um und vor dem völligen finanziellen und wirtschaftlichen Chaos zu retten, haben wir den Notendruck eingeleitet und sind augenblicklich für die Ausgaben von Reich und Ländern neben den mageren Steuererträgen auf den Kredit angewiesen, der uns von der Rentenbank zugewiesen worden ist. Dieser Kredit ist beschränkt und wird in absehbarer Zeit erschöpft sein. Bis dahin müssen, wenn die Finanzen des Reiches und der Länder nicht rettungslos am Ende sein sollen, die Steuerquellen, die wir jetzt auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erschließen, die Ausgaben von Reich und Ländern decken.

Ob die laufenden Einnahmen aus einem verarmten Lande trotz schärfster Eingriffe in die Sub-

stanz des Besitzes ausreichen werden, um den Bedarf des Reiches und der Länder voll zu decken und zugleich die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Währung zu bieten, wage ich nicht ohne weiteres zu behaupten.

Wenn es aber, wie ich hoffe, gelingt, im Auslande eine größere Anleihe aufzunehmen, dann dürfen die in Volk und Wirtschaft vorhandenen gefunden Kräfte das Reich auch über die schwersten Tage, die es bislang durchgemacht hat, hinwegbringen. Verhandlungen für kleinere Anleihen werden schon seit einiger Zeit mit guter Aussicht auf Erfolg, besonders hinsichtlich unserer Anstrengungen, Lebensmittelf Kredite in den Vereinigten Staaten zu erhalten, geführt. Allerdings sind diese kleinen Anleihen nicht geeignet, um unsere Finanzen zu sanieren und wieder normale Zustände herbeizuführen.

Die Rheinlandfrage

Ist für die deutsche Regierung eine der brennendsten. Die Leiden der Bevölkerung sind unextrahierbar geworden. Darum wird hoffentlich bald in der Aussprache, die wir mit Frankreich haben wollen, ein Weg gefunden werden, der das hart bedrückte rheinische Volk mildert. Ich halte jede haarscharfe Veränderung im besetzten Gebiete für ein Unglück und weis mich darin eins mit der weit überwiegenden Mehrheit der rheinischen Bevölkerung. Selbst der Separatistenputz

wird in dem Augenblick völlig zurückgeworfen, wo dieser Bewegung, die nicht von der rheinischen Bevölkerung selbst geführt wird, von dritter Seite keine Geldmittel mehr zugeführt werden.

Der Kanzler hob dann hervor, daß es falsch sei, zu glauben, daß er beabsichtige, einen Appell an den Völkervbund zu richten. Ich habe vor einigen Tagen vor Herren der ausländischen Presse dargelegt, wie ich mir den wahren und gerechten Völkervbund denke: als einen Ort des Friedens und des Rechts. Die Erfahrungen, die Deutschland bisher mit dem Völkervbunde des Völkerbundes gemacht hat, ermutigen uns leider nicht zu einem Appell an ihn. Deutschland ist selbstverständlich bereit, und hat diese Bereitschaft wiederholt betont, Frankreich alle vernünftigen Sicherheiten gegen befürchtete deutsche Angriffe zu geben. Aber diese

Sicherheiten müssen vertraglich sein mit Deutschlands Behörden, die uns unveränderlich sind.

Zum Schluß betonte der Kanzler noch, daß im gegenwärtigen Augenblicke die Gefahr eines Rechts- oder Einkaufputches nicht bestehe. Aber niemand könne voraussehen, ob diese Gefahr nicht wieder einträte, wenn die Rot und das Gelb in Deutschland noch schlimmere Formen annähmen. Der Winter sei fürchtbar hart und schwer für die hungernde und frierende Bevölkerung.

Der bayerische Antrag auf Revision der Reichsverfassung.

Ein Ende November im Reichstage eingebrachter Antrag Lecht-Beyerle verfolgt den Zweck, die Bestimmungen des bayerischen Föderalismus, die auf eine härtere Weiterbildung der Weimarer Verfassung an den alten Bismarckschen Bundesstaat zum Zwecke der Hebung eines erheblichen Teiles der uns heute beimsuchenden politischen und wirtschaftlich-finanziellen Uebelstände hinauszuführen, unmittelbar in die Wirksamkeit überzuführen. Der Nachdruck, mit dem man von München aus die Erreichung dieses Zieles seit der Aufstellung des Bamberger Programms der Bayerischen Volkspartei im Jahre 1920 unablässig verfolgt hat, gibt eine Gewähr dafür, daß die Urheber des Antrages, hinter dem die öffentliche Meinung Bayerns mit ihrem ganzen Gewicht steht, nicht ruhen noch rasten werden, bis sie einen greifbaren Erfolg in Händen haben. Wie die Stimmung in leitenden Berliner Kreisen gegenüber den bayerischen Forderungen ist, erhellt aus dem Umstande, daß der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete v. Schoch dieser Tage erklärt hat, er habe noch am Vormittage des Hitler-Putsch im Auftrage des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann eine Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten gehabt, worin der Münchner Regierung nahegelegt wurde, ihre Wünsche in einem Memorandum nach Berlin zu übermitteln. Dabei sei den Bayern ein weitgehendes Entgegenkommen im Abbau des Zentralismus, sowie auch in der Frage der Aufhebung des Schutzgebietes in Aussicht gestellt worden. Derartige Zusagen können nicht als mit dem Atem, in dem sie gesprochen wurden, verwechselt werden. Sie wirken fort und bilden eine feste Grundlage, auf die sich Bayern berufen kann. Es muß daher damit gerechnet werden, daß die Verfassungsrevision in nächster Zeit in Fluss kommen wird.

Die bayerischen Forderungen, die in dem vorstehend erwähnten Antrage enthalten sind, gruppieren sich um vier Hauptpunkte: 1. Die Wiederherstellung des Reichsrates als mit dem Reichstage gleichberechtigtes Organ des Reiches mit Gesetzgebung, Budgetrecht und Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, auch sollen die allgemeinen Verwaltungsvorschriften durch den Reichsrat erlassen werden. 2. Die Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder und Gemeinden. 3. Die Wiederherstellung der Selbsthoheit der Länder. 4. Die Gewährung des Rechtes an die Landesregierungen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlichen Maßnahmen selbständig, eventuell in Konsultation mit denen des Reiches, in Geltung zu erhalten und über die im Landesgebiete liegende bewaffnete Macht nach eigenem Ermessen zu verfügen. Die drei letzten Forderungen bedürfen einer gesonderten Betrachtung mit Rücksicht auf die ungelösten und bedrohlichen Verhältnisse, die sich in Sachsen und Thüringen infolge des sozialistisch-kommunistischen Zusammengehens herausgebildet haben und die auch in Braunschweig jeden Augenblick wieder akut werden können. An sich ist es keine Frage, daß die Länder und Gemeinden notwendig wieder mit einer eigenen Steuerhoheit ausgestattet werden müssen. Ebenso steht es aber auch fest, daß die einmal begründete Finanzhoheit des Reiches und die für sie in dem Finanzämtern geschaffene Organisation nicht wieder beseitigt werden können. Es handelt sich also darum, einen Mittelweg zu finden, und als solcher bietet sich die Lösung, daß Ländern und Gemeinden die Befugnis erteilt wird, zu den Reichssteuern auf Einkommen und Vermögen innerhalb gewisser Grenzen prozentuale Zuschläge zu erheben. Bei der aufserste angepaßten Belastung dieser beiden Einkommensquellen erscheint ein solcher Ausweg aber nur gangbar unter der Voraussetzung, daß in der Zusammenfassung der Leistung der Länder und Gemeinden volle Gewähr dafür gegeben ist, daß der Zugriff auf die genannten Steuerobjekte nicht in einer Weise erfolgt, die konfiskatorisch wirkt und die höhere volkswirtschaftliche Rücksicht auf die Möglichkeit der Kapitalbildung außer acht läßt. Wo soll diese Garantie herkommen, wenn gewisse Länder und Gemeinden von sozialistisch-kommunistischen Einflüssen in mehr oder minder harkem Grade beherrscht werden? Auch kann man nur mit äußerster Sorge in Mitteldeutschland eine Neuordnung aufnehmen, die derartig zusammengefügten Regierungen die Verfügung über die bewaffnete Macht innerhalb der Landesgrenzen in die Hand geben würde. Und endlich müssen auch gegen die Rückübertragung der Schulhoheit an die Länder von demselben Standpunkte aus gewichtige Bedenken erhoben werden, gewiß kann man grundsätzlich unter Voraussetzung

Unblutiger Staatsstreich der Venizelisten.

Das griechische Königspaar verdrängt. — Venizelos führt die Regierung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 18. Dez. Ueber Paris wird aus Athen berichtet, daß der König und die Königin aus Griechenland heute abend auf Anraten der revolutionären Regierung Athen verlassen haben, um sich nach Rumänien zu begeben. Der König hat Venizelos telegraphisch ersucht, die Regierung zu übernehmen. Vorläufig soll Konstantin als Regent fungieren, bis die Staatsform endgültig festgesetzt ist. Der griechische Ministerrat hat ein Kommando veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß er, bis die neuwählte verfassunggebende Nationalversammlung über die beste Regierungsform für das Land beraten hat, und wegen der Sicherung der Ruhe während der Diskussion über diese sehr wichtigen Fragen dem König den Rat nebenmüßig, das Land zu verlassen. (S. I. B.)

Staatssekretär Fischer hat sich nach einer weiteren Meldung aus Paris für den deutschen Antrag auf den Artikel 251 des Versailler Vertrages berufen, der die Verpflegung Deutschlands in den ersten Monaten nach dem Friedensschluß regelt. Demgegenüber wird jetzt schon ein anderer Artikel eingeführt, der Artikel 248, der nach französischer Auslegung nicht der Reparationskommission, sondern ausschließlich den Regierungen das Recht gibt, über die Abänderungen der Bestimmungen für die Prioritäten zu beschließen. Daraus folgt, schreibt „Echo de Paris“, daß ohne die Zustimmung der französischen Regierung überhaupt nichts zu machen ist. Deutschland brauche Hilfe, das sei sicher; die Hilfe sei aber nur möglich, wenn sich das Reich der Politik des 11. Januar unterwerfe.

Damit wird klar und deutlich der französische Standpunkt des „Unterwerf dich oder verhungere!“ zum Ausdruck gebracht.

Dollar (Amtlich): 4200 Milliarden

Frankreich läßt Deutschland verhungern.

Französisch-belgischer Einpruch gegen amerikanische Lebensmittelf Kredite.

Paris, 18. Dez. Wie der „Vett Parisien“ mitteilt, wird die Reparationskommission sich in ihrer Mittwoch-Nachmittags-Sitzung mit dem deutschen Antrag über die Zulassung eines Nahrungsmittelfredits in den Vereinigten Staaten befassen. Dem Blatt zufolge ist es so gut wie sicher, daß der deutsche Antrag auf die Opposition der Französischen und belgischen Delegierten stoßen wird. Deutschland bestrebt im Auslande bedeutende Guthaben, die als Garantien dienen könnten, wenn es einen Nahrungsmittelfredit aufnehmen wolle, ohne daß es notwendig sei, die Priorität zugunsten der Reparationen aus den Einnahmequellen des deutschen Staates anzusetzen. Dem gleichen Blatt zufolge ist es auch möglich, daß in der gleichen Sitzung die Reparationskommission die Sachverständigen beim Untersuchungskomitee zuzuziehen wird.